

Dienstag, 15. März 2022

Holger Kreuttner
Pressesprecher

Pressemitteilung

Telefon 07361 508-1433
holger.kreuttner@ksk-ostalb.de

Interview mit Sparkassenpräsident Peter Schneider für Stuttgarter Zeitung, Stuttgarter Nachrichten und alle Partnerzeitungen

autorisierte Fassung

Der Krieg in der Ukraine hat Folgen auch für die Wirtschaft in Baden-Württemberg. Wie wirken sich die Probleme bei den Unternehmenskunden auf die Sparkassen aus?

Vorrangig beschäftigt uns zurzeit die Situation der Flüchtlinge. Sie kommen zu den Sparkassen, brauchen ein Girokonto und haben natürlich ihre Währung im Geldbeutel – die wir aber im Moment gar nicht umtauschen können.

Wieso nicht?

Weil die ukrainische Zentralbank den Devisenhandel gestoppt hat. Wenn wir Euro rausgeben und dafür die ukrainische Währung Grivna bekommen, könnten wir die nicht wieder in Kiew zurücktauschen. Wir brauchen eine Regelung, dass wir die Grivna bei der Bundesbank abliefern können. Die Erfahrungen 2015 haben gezeigt: 80, 90 Prozent der Flüchtlinge landen bei den Sparkassen. Krisenzeiten sind unsere Zeiten, da müssen wir zeigen, dass wir öffentlich-rechtlich sind und jenseits nur von reinen Renditeüberlegungen handeln.

Was unsere Unternehmensfinanzierungen betrifft: Wir haben keine umfangreichen Engagements in Russland, wir müssen aber die ganzen Sanktionen umsetzen für unsere Firmenkunden, die in Kontakt zu Unternehmen in Russland stehen.

Sehen Sie durch die Wirtschaftssanktionen einzelne Kunden in ihrem Fortbestand gefährdet?

Das mag im Einzelnen sein, wenn Firmen ein Geschäftsmodell haben, das stark auf Russland fixiert ist. Einige Maschinenbauer haben ein starkes Russlandgeschäft, das gilt auch im Agrarbereich, da wird schon der eine oder andere in Schwierigkeiten kommen. Aber noch weiß keiner, wie tief, wie breit und wen es tatsächlich trifft.

Wie würde sich die Lage verändern, wenn die Energielieferungen aus Russland gestoppt würden?

Da käme noch eine Dimension hinzu: Wie stark steigen die Energiepreise? Wenn wir uns zu einem Energieboykott entschließen würden – frieren für die Ukraine – dann könnte sich das drastisch auswirken. Wir bauen vor durch hohe Risikovorsorge, und



Kreissparkasse Ostalb

wir bleiben nah an unseren Kunden.

Auf der anderen Seite erleben umstrittene Geschäftsmodelle eine Renaissance - in der Rüstungsindustrie, aber auch in der Energiewirtschaft. Muss man das Thema nachhaltige Finanzierungen neu aufsetzen?

Ja, danach sieht es aus. Das Ganze zeigt, dass das Thema Nachhaltigkeit in der Finanzwirtschaft sehr schwierig umsetzbar ist. Um es mal ganz deutlich zu sagen: Wir werden hier als Büttel einer politischen Zielrichtung benutzt. Wir müssen ja nicht nur neue Kredite danach klassifizieren, ob das zu finanzierende Vorhaben braun oder grün ist. Sondern auch den ganzen Kreditbestand. Nun kommt über Nacht plötzlich so ein Totalschwenk durch den Krieg. Gelten die Rüstungshersteller jetzt als sozial, weil friedensdienend? Da warten wir auf neue Vorgaben der Aufsicht und aus Brüssel.

Wie haben es die Sparkassen denn zuletzt gehalten mit der Finanzierung von Rüstung, Kohle und Gas?

Wir haben in unserer Gruppe Unternehmenskunden dahingehend beraten, dass sie solche Geschäfte zurückfahren müssen, damit wir sie auch in Zukunft finanzieren können. Das wird jetzt im Teilbereich der Rüstung wohl revidiert, da wird man wohl sagen: das machen wir wieder.

Und was ist mit fossilen Brennstoffen? Wenn Sie in Süddeutschland ein Fracking-Projekt starten wollten, würden Sie dafür mit Sicherheit keine Finanzierung kriegen...

Heute nicht. Aber vielleicht morgen. Sie sehen daran, dass Kreditwirtschaft nach politischen, vielleicht sogar ideologischen Gesichtspunkten gesteuert wird mit den Nachhaltigkeitskriterien. Dabei ist mir ein bisschen unwohl.

Aber werden Anleger, zum Beispiel Käufer von Aktienfonds, bereit sein, wieder Heckler & Koch zu finanzieren?

Es gab und gibt immer Leute, die ausschließlich auf die Rendite schauen. Aber in Zukunft werden auch unter denen, die ihr Geld nachhaltig anlegen wollen, einige jetzt sagen: ‚Ich habe mit Blick auf die Rüstungshersteller umgedacht, das muss halt sein.‘

Die meisten Leute kaufen allerdings keine Wertpapiere, sondern legen ihr Geld aufs Konto. Wann könnte es dafür wieder Zinsen geben?

Ich würde mir sehr wünschen, dass wir vom Negativzins wegkommen. Wenn wir wieder in ein positives Zinsumfeld kommen, dann könnten mit einer Zeitverzögerung von einem halben Jahr oder einem Jahr auch wieder Habenzinsen für die Kunden auftauchen.

Würden denn die Sparkassen die Minuszinsen abschaffen, sobald die Europäische Zentralbank das tut?

Sofort. Nichts lieber als das. Aber die EZB ist mit ihrem Ausstieg aus ihrer offensiven



Kreissparkasse Ostalb

Geldpolitik und damit den Minuszinsen viel zu langsam, weil sie nicht allein die Inflationsbekämpfung im Fokus hat, sondern auch die Finanzierungsbedingungen der Schuldenstaaten.

Aber bergen Zinserhöhungen nicht das Risiko, das ohnehin gefährdete Wirtschaftswachstum abzuwürgen?

Wenn die Inflation so marschiert wie jetzt, müssen Sie Inflationsbekämpfung im Vordergrund haben. Wir haben schon einen Sockel von fünf Prozent Inflation, auf den setzt sich jetzt noch die Verteuerung der Energie und Rohstoffe drauf – da wird einem ja himmelangst. Wenn die EZB sagt, das wirke sich nicht auf die Lohnrunden aus, dann frage ich mich: Auf welchem Stern sind die? An dem Tag, als EZB-Chefin Christine Lagarde das zum ersten Mal gesagt hat, hat sogar die Gewerkschaft der EZB einen Inflationsausgleich gefordert.

Was hätte die EZB machen sollen, Ihrer Meinung nach?

Die EZB hätte früher die Inflation ernst nehmen und entschiedener sagen müssen: Wir gehen aus dieser hoch offensiven Geldpolitik raus, auch wenn es möglicherweise eine Belastung für die Wirtschaft bedeutet und auch für die Finanzierungsmöglichkeiten der Schuldenstaaten.

Wann werden wir wieder Habenzinsen oberhalb der Inflationsrate sehen? Nächstes Jahr, bei dann vielleicht zwei Prozent Inflation?

Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Inflation so schnell runterkommt – aber selbst wenn, können die Habenzinsen nicht so schnell nach oben gezogen werden. Das wäre zu schnell fürs Finanzsystem, da wären die Verwerfungen zu groß.

Belastet wurden die Banken zuletzt durch die Erstattung von Kontogebühren. Wieviel haben die Sparkassen ausgezahlt?

Das ist sehr unterschiedlich. Einige haben ihre Kontogebühren schon länger nicht mehr erhöht und damit auch nichts erstattet. Diejenigen Sparkassen, die betroffen sind, haben zwischen 200 und 400 Rückforderungen – bei einem durchschnittlichen Kundenbestand von 200 000. Aber was der Bundesgerichtshof mit seinem Gebühren-Urteil den Banken auferlegt hat – vor Änderungen der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) eine explizite Rückmeldung der Kunden einzuholen – ist im Massenvertragsgeschäft völlig untauglich. 40 Prozent der Sparkassenkunden haben kein Online-Konto, denen müssen wir 120 Seiten AGB auf Papier schicken. Wir sind in Gesprächen mit dem Gesetzgeber über die künftige Regelung von Preisanpassungen, die ja auch in der Energiewirtschaft oder in den Medien ohne zusätzliche Zustimmung des Kunden gemacht werden.

Aber auch bei Ihnen läuft es ja darauf hinaus, dass die Kunden den aktuellen Gebühren zustimmen müssen. Oder was machen Sie mit denen, die ablehnen?

So weit sind wir noch gar nicht. Wir versuchen aktuell weiterhin, die Zustimmungsquoten hochzubringen. Das ist bei einigen sehr schwierig, denn manche Kunden sind



Kreissparkasse Ostalb

im Ausland, andere reagieren nur nach dem dritten oder vierten Schreiben und manche machen ihre Post gar nicht erst auf. Wir telefonieren ihnen dann hinterher. Aber irgendwann werden wir schon sagen müssen: Leute, wenn Ihr gar keine Gebührenerhöhung akzeptiert, dann müssen wir unsere Geschäftsverbindung auflösen.

Wenn 40 Prozent Ihrer Kunden kein Online-Konto haben – was bedeutet das für die weitere Entwicklung des Filialnetzes?

Klar ist: wir müssen auch für die Kunden da sein, die kein Online-Banking machen können oder wollen. Die Frage ist nur, in welcher Dichte. In jedem kleinen Ort mit allem präsent sein – das geht nicht mehr. Wir müssen die Beratung zum Beispiel für Immobilienfinanzierung, Altersvorsorge oder nachhaltige Geldanlage in größeren Einheiten konzentrieren.